Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER
is the largest German newspaper publish 1 in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - Telephone 6 7.

3. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 16. Februar 1910 | No. 17.

Wer sehen will, der sehe.

Wir haben im Parlaments-Bericht ziemlich ausführlich über die Flottendebatte geschrieben, die noch lange nicht zu Ende ist. Es sollen noch an 100 Redner ihre Weisheit hören lassen wollen. Unser Hauptgrund, daß wir genauer über diese Debatte berichten, ist der, daß die ganze Debatte für uns Deutsche von besonderem Interesse ist. Das merken unsere Leser ja schon an dem öfteren Hineinziehen Deutschlands und der „deutschen Gefahr" in die Debatte. Wer ist es, der die „deutsche Gefahr" immer an die Wand malt? Es sind die Konservativen. Wer spricht von einem drohenden deutsch-englischen Krieg? Die imperialistischen Konservativen. Wer beschuldigt die Deutschen direkt oder indirekt, über Großbritannien herfallen zu wollen? Die Herren Konservativen: Borden, Foster, Lake, Burrell, Dr. Sproule u. s. w. Wer führt die gehässigen Auslassungen eines wohl bezahlten Sozialisten (?) über Deutschland an? Ein Konservativer. Wo stecken also die Deutschenfeinde? Im konservativen Lager. Ja, es scheint, als wäre die ganze Gesellschaft von Deutschenfurcht und Deutschenhaß durchdrungen und zusammengesetzt. Und wo finden wir vernünftige Ansichten über die ganz blödsinnige Deutschenhetze? Bei den Liberalen. Was uns schon längst klar war, daß nämlich die ganze Deutschenhetze zum großen Teil politische Mache war, das sprechen nun liberale Abgeordnete im Parlament auch als ihre Ueberzeugung aus. Wer sagte kürzlich in Toronto vor einem englischen und zum großen Teil wohl deutschfeindlichen Publikum, daß die Deutschen zu den allerbesten Bürgern des Landes gehörten? Es war Sir Wilfrid Laurier. Hat Borden je etwas derartiges gesagt, oder Dr. Sproule, oder Foster und Konsorten? Ist ihnen niemals eingefallen.

Also die Deutschen sollten die Augen aufmachen und sich darüber klar werden, wo ihre Feinde und wo ihre Freunde stecken. Mögen die Herren Konservativen auch zu Wahlzeiten noch so sehr ihre „lieben deutschen Freunde" schmeicheln — sie meinen es nicht so. Sie fürchten und hassen Deutschland und darum auch uns Deutsche hierzulande, weil wir von dem Stamm sind, den sie hassen und fürchten. Darüber sollten wir Deutsche uns alle klar sein. Und diese Debatte trägt viel dazu bei, in dieser Sache bei allen aufgeweckten Deutschen Klarheit zu schaffen.

Wenn wir vorhin sagten, wir sind davon überzeugt, daß ein groß Teil der Deutschenfurcht in England politische Mache ist, so widersprechen wir damit nicht unseren früheren Auslassungen, daß ein scharfer Kampf zwischen Deutschland und Großbritannien im Gange ist. Dieser Kampf aber ist ein wirtschaftlicher. Deutschland ist Großbritanniens schärfster Konkurrent auf industriellem und kommerziellem Gebiet. Dieser Interessenkonflikt kann zum Kampfe führen, wenn Großbritannien sagen sollte: Um die lästige deutsche Konkurrenz los zu werden, beginnen wir Krieg. Da liegt eine Kriegsgefahr. Deutschland aber will keinen Krieg, kann ihn garnicht wollen. Wenn darum Hetzer von einem deutschen Angriffskrieg faseln, so machen sie Deutschland unrechter Weise schlecht und schieben Deutschland Motive unter, die es nicht hat, noch haben kann. Das tun auch die Konservativen im canadischen Parlament, wie sie es in Großbritannien nun schon ein Jahr lang getan haben.

Wir dürfen in diesen Auslassungen die Stellungnahme der Konservativen Quebecs nicht übersehen. Man könnte sagen: Monk ist auch ein Konservativer, aber kein Kriegshetzer. Er und seine Partei in Quebec wollen keine canadische Flotte, wollen aber auch kein Schlachtschiff an England schenken.

Das wissen wir wohl. Aber das ist garnicht von Belang. Die konservative Führung glaubt, mit dieser Politik in Quebec Stimmen zu fangen. Für die Gesamtpolitik der konservativen Partei, wenn diese ans Ruder käme, wäre aber die kleine konservative Phalanx in Quebec von gar keiner Bedeutung. Die Politik eines Foster, Borden, Sproule u. s. w. (vielleicht auch eines Roblin) würde die Politik Canadas werden und was wir Deutschen dann zu erwarten hätten, ist klar.

Wir Deutschen wollen unsere Augen und Ohren öffnen. Wir finden unsere Freunde in den Reihen der Liberalen und darum wollen wir zu diesen halten. Nicht zu den mit der „deutschen Gefahr" und Deutschenhetze spielenden Konservativen oder Imperialisten.

Aus dem Dom. Parlament.

Weiteres zur Flotten-Debatte.

Zur Flottendebatte im Parlament ist weiter zu bemerken, daß die Sprecher beider politischen Parteien sich in den von ihren Führern begrenzten Rahmen bewegten: Die Liberalen sprachen sich für Schaffung einer canadischen Flotte aus; die meisten Konservativen für Schenkung eines erstklassigen Schlachtschiffs oder auch mehrerer. Ein konservativer Redner sagte, Großbritanniens Suprematie zur See sei auch Canadas Schutz. Nicht nur habe Canada Nutzen davon, sondern die ganze Welt. Großbritanniens Flotte sei für die Welt eine Friedensgarantie. Großbritannien wolle dies Jahr 275 Millionen Dollars für Flottenrüstungen ausgeben, und gebe täglich 900,000 Dollars für die Armee und Marine aus. Die Reichsflotte sei eine Versicherungs-Police gegen die Schrecken des Krieges.

Ein anderer konservativer Redner griff Sir Wilfrid Laurier an und wies darauf hin, daß letzterer vor 18 Jahren in einer zu Boston, Mass., gehaltenen Rede die Worte geäußert habe: „Die besten Interessen meines Landes sind mit denen der Ver. Staaten identisch." Als er nach Ottawa zurückkam, befragte ihn der damalige Finanzminister Geo. E. Foster über diese Worte, worauf Laurier im Parlament antwortete: „Ich habe das in Boston gesagt und sage es auch in diesem Hause hier." Erst vor ein paar Tagen habe Laurier im Parlament gesagt: „Ich bin durchaus nicht geneigt, mich als Imperialisten auszugeben." Was würde die Folge sein, so meinte Redner, wenn man in Großbritannien denselben Standpunkt einnehme und sagte, wir sind keine Imperialisten, wenn Canada in einen Streit verwickelt würde? Also auch dieser konservative Streithahn wirft unserem Premier vor, daß er nicht loyal sei. Man hat ihn schon oft von konservativer Seite einen „Verräter" genannt, weil er eben anderer Meinung ist, wie die konservativen Imperialisten.

So meinte einer dieser Herren, Laurier's Erklärung, er werde erst dann an einem Kriege des Mutterlandes teilnehmen, wenn das Parlament seine Zustimmung gegeben habe, sei weniger loyal und patriotisch und für Großbritannien von weniger Nutzen, als die Hilfe einer gewöhnlichen alliierten Macht. Er führte das britisch-japanische Bündnis an und zeigte, daß wenn eine der Mächte in Krieg verwickelt würde, dann die andere sofort auch am Krieg teilnehmen müsse. Das Parlament hätte da nichts zu sagen.

F. L. Fowke, ein liberaler Redner, sagte, die Regierungspolitik sei eine praktische und gute. Canada hätte die Hochtiwartungen der britischen Admiralität wegen des Kostenpunktes nicht erfüllen können, hätte aber den billigsten Plan auch nicht akzeptiert, sondern den Mittelkurs genommen und wolle jährlich an 3 Millionen Dollars für die Flotte ausgeben. Was die „deutsche Gefahr" anbetreffe, so sei sie zum größten Teil politische Mache eines Teils der Presse gewesen und „ziehe" nicht mehr. Die Konservativen verlangten, daß das canadische Volk dem Mutterlande, sage 35 Millionen Dollars schenke für Kriegsschiffsbauten, ohne daß das Volk etwas über die Verwendung der Gelder zu sagen haben solle. Die Regierung habe den rechten Kurs eingeschlagen, indem sie diese Vorschläge einfach ignoriert habe.

Er könne nicht einsehen, weshalb die Opposition dagegen sei, daß das canadische Parlament die Kontrolle über Canadas Flotte haben solle. Es scheine ja bald, als trauten die Konservativen dem Volk der britischen Inseln mehr als dem canadischen Volke. Er glaube, daß wenn Sir John Macdonald (der frühere große konservative Premier Canadas) heute lebe, er für eine canadische Flotte eintreten würde. Sir Charles Tupper, wohl der erste lebende Konservative Canadas, habe sich ja bekanntermaßen auch für den Bau einer canadischen Flotte ausgesprochen.

Martin Burrell, einer der backkonservativen Abgeordneten von British Columbien, erklärte sich emphatisch gegen Laurier's Flottenpolitik. Die Rede Sir Wilfrid's sei alles andere als erhaben und patriotisch gewesen. Sie habe hauptsächlich nur Spott und Hohn auf die Opposition enthalten. Lemieux' Rede habe patriotisch sein sollen und heroisch, aber Redner hab gänzlich am Ziel vorbeigeschossen. E und Laurier hätten offenbar nur für Französisch-Canadier gesprochen. E halte die „deutsche Gefahr" für groß für ebenso groß wie vor einem Jahr. Und die deutschen Flottenbauanschläge seien höher, denn je zuvor.

Redner ging dann auf die Artikel des verrückten sogenannten Sozialisten Blatchford ein, der in der „Daily Mail" eine Serie grimmig-deutschfeindlicher Artikel losließ und zum Kriege hetzte. Dieser Mann sei ein Sozialist, aber trotzdem habe er zum Kriege geraten, weil die Gefahr über aus groß sei.

In der letzten britischen Wahl wären die Franzosen auf Seite der Konservativen und damit für eine größere britische Flotte gewesen. Die Deutschen aber hätten ihre Freundlichkeit für die Liberalen nicht verbergen können. Sie wüßten wohl, warum. Er wiederhole, die Gefahr sei groß und nahe und Canadas Flotte würde zu nichts nütze sein.

Die Politik des Oppositionsführers sei die allein richtige. Wir müssen Britanniens gewaltige Flotte stärken, um den Frieden der Welt zu erhalten. Die Mehrzahl des Volkes sei für die konservative Politik.

Dr. Clark von Red Deer, Alta. (lib.), hielt eine längere, wohlgesetzte Rede, in der er meinte, einem Mann wie Blatchford könne man keinen Glauben schenken. Vor Jahren hätte er das britische Volk mit der Gefahr einer deutschen Invasion geschreckt wie jetzt mit den deutschen Seerüstungen. Er lasse sich nicht von einem solchen Schreiber ins Bockshorn jagen. Er habe die Reden der britischen Staatsmänner zur Zeit der Verteidigungskonferenz dahin verstanden, daß die verschiedenen britischen Ueberseeländer alles tun sollten zur Reichsverteidigung. Von einem drohenden deutschen Ueberfall hätten sie nicht gesprochen. Die „deutsche Gefahr" war nur ein Schreckgespenst und eine Hysterie gewisser Politiker gewesen.

Wie oft gedächten die Konservativen zwei Dreadnaughts zu schenken? Wie viele würden sie im Ganzen geben? Würden sie stets, wenn ein Schreckgespenst an die Wand gemalt würde, mehr schenken wollen? Das Prinzip der Regierungspolitik sei Selbstherrschaft (Autonomie), das der Konservativen Besteuerung ohne Vertretung.

Dr. Sproule, ein weiterer konservativer Hetzer, sprach sich energisch für die Schenkung eines oder mehrerer Dreadnaughts aus.

Kriegsminister Sir Frederick Borden ergriff zur Debatte das Wort am Donnerstag und erklärte, daß die „deutsche Gefahr" an den Haaren herbeigezogen sei. Er griff R. L. Borden's und Foster's Stellungnahme scharf an und zeigte, wie Borden von seinem ursprünglichen Standpunkt abgekommen sei und nun für Schenken eines Dreadnaughts spreche.

Foster antwortete und sprach sich für eine Dreadnaughtschenkungs-Politik aus. Auch klagte er, wie das schon öfters geschehen ist, den Premier der Verräterei an. Ein solcher Unsinn sollte endlich mal aufhören. Aber immer und immer wieder heißt es: Laurier, der Franzose und Verräter. Daraus spricht der Haß, der blinde Haß gegen unseren bewährten ersten Minister. Sie können ihm aber nichts anhaben. Denn nicht Foster und Konsorten haben, sondern Laurier hat das Vertrauen der Mehrheit des Volkes.

Preßnachrichten von Ottawa letzte Woche besagten, daß die Konservativen vielleicht durch Verweigerung von Geldbewilligungen und durch eine Obstruktionstaktik die Regierung zur Auflösung des Parlaments zwingen werde. Dann würde die neue Wahl auf Grund der Flottenpolitik ausgefochten werden. Daß die Liberalen gewinnen würden, ist absolut klar. Darum werden die Konservativen sich auch wohl eines Bessern besinnen.

Provinziales.

Konvention der Getreidebauer.

Letzte Woche tagte in Prince Albert die Jahres-Konvention der Getreidebauer Saskatchewans. An 600 Delegaten hatten sich eingefunden und beraten eine halbe Woche lang über die Probleme der landwirtschaftlichen Bevölkerung dieses Landes.

Präsident Hopkins wies in seinem Jahresbericht auf die großartige Entwicklung Saskatchewans in landwirtschaftlicher Beziehung hin. Während unsere Provinz im Jahre 1908 an 100 Millionen Bushel Getreide hervorbrachte, produzierte sie im letzten Jahr 218 Millionen Bushel. Die Getreidebauer hätten, so führte er weiter aus, der Legislatur einen Plan zur Verstaatlichung der Elevatoren vorgelegt und er sei erfreut, mitteilen zu können, daß sowohl die Regierung wie auch die Opposition erklärt hätten, sie würden das Problem in die Hand nehmen und als Staatsmänner — nicht als Parteipolitiker — zu lösen versuchen.

Die Präsidenten der Getreidebauer-Vereinigungen von Manitoba und Alberta waren anwesend und überbrachten Grüße und Glückwünsche von deren Organisationen.

Der Finanzbericht zeigte, daß den laufenden Einnahmen von $4,523 laufende Ausgaben im Betrage von $3,307 gegenüberstanden. Die Vereinigung hat neben den Tausenden von ordentlichen Mitgliedern 339 lebenslange Mitglieder.

Einige der wichtigsten angenommenen Beschlüsse sind folgende:

Es wurde beschlossen, die Zeit zur Auswahl der sog. Südafrika Veteranen Scripts nicht zu verlängern, da der Rest der noch nicht ausgewählten Scripts in Händen von Spekulanten sich befindet. Diese Resolution wurde nach Ottawa telegraphiert.

Nach langen Beratungen und heftigen Auseinandersetzungen wurde folgende Hagelversicherungs-Resolution angenommen:

Da die jetzt in Saskatchewan Geschäfte tuenden Hagelversicherungs-Gesellschaften nicht im besten Interesse der Farmer arbeiten, beschließen wir, daß ein Provinzial-Hagel-Versicherungs-System eingeführt werde. Zu diesem Zweck sollte eine Steuer bis zu zwei Cents auferlegt und sollte jedes Stück Land versichert werden.

Betreffs der Rotzkrankheit unter Pferden wurde beschlossen, daß die Regierung schärfere Maßnahmen zur Ausrottung dieser gefürchteten Krankheit ergreife und daß sie volle Entschädigung für wegen Rotz getötete Pferde bewillige.

Es wurde auch beschlossen, daß es erlaubt sein sollte, wenn jemand eine Hypothek aufnimmt und diese vor der Zeit einlösen will, er nicht gezwungen sein soll, alle bis zur Fälligwerdung sich aufhäufenden Zinsen zu zahlen, sondern nur einen kleinen Betrag als Bonus. Auch solle es verboten werden, daß Mortgage-Korporationen, wenn die Mortgages (Hypotheken) überfällig geworden sind, neben der regulären Zinsrate noch einen Extrazins von 3 Prozent nehmen können, was jetzt allgemein geschieht.

Da die Kohlenminen der Provinz im Besitz von Privat-Gesellschaften sind, die zu hohe Preise für die Kohlen fordern, wurde beschlossen, daß die Regierung die Kohlenminen übernehme und sie zum Wohle des Volkes betreibe.

Einige übereifrige Imperialisten machten den Vorschlag, daß die Konvention sich für Schenkung eines modernen Schlachtschiffs an Großbritannien ausspreche. Als die Resolution eingebracht wurde, erhob sich sofort lebhafter Widerspruch, da die Sache nicht in den Rahmen der Konvention gehöre. Die Resolution wurde dann zurückgezogen und fand damit ihr wohlverdientes Ende.

Nach einer langen Rede des Abgeordneten Langley von Redberry wurde folgende Resolution betreffs der Elevatorfrage angenommen:

Da fast alle End- und Transfer-Elevatoren im Besitz von Getreidehändlern sind und von diesen betrieben werden, sei es beschlossen, daß ein Druck auf die Dominion-Regierung ausgeübt werde, sofort ein System von Regierungs-Terminal- u. Transfer-Elevatoren zu schaffen und zwar sowohl im Osten wie im Westen des Landes.

Die Hudson Bay Bahn Resolution wurde ohne viel Diskutieren angenommen. Die Resolution besagt, daß die Getreidebauer in voller Uebereinstimmung mit dem Regierungsplan sind, eine Bahn nach der Hudsons Bay zu bauen und fordert, daß die Regierung die Bahn übernehme und als Regierungsbahn betreibe.

Betreffs des Ausbaus des Zweigbahnnetzes in der Provinz wurde beschlossen, daß die Regierung nur solchen Bahnen Garantie und Unterstützung geben solle, die Zweigbahnen mit der Absicht der Entwicklung des Landes bauten.

Es wurde auch beschlossen, daß die Zölle auf landwirtschaftliche Maschinerie herabgesetzt werden sollten, da man in Großbritannien solche Maschinen von 20 bis 30 Prozent billiger kaufen könne wie hier. Das sei die Folge der hohen Zölle hier und des britischen Freihandels-Systems drüben.

Fast ohne Debatte wurde folgende Resolution betreffs Inland-Elevatoren passiert:

Die Konvention billigt das Vorgehen der Exekutiv-Behörde betreffs Regierungs-Eignerschaft der Inland-Elevatoren und wir wollen in dieser Frage zusammenhalten, um unser Ziel zu erreichen.

Unser Landwirtschaftsminister Herr Motherwell war auch anwesend, wie es sich bei einer solchen Gelegenheit gebührte, und redete des längern über die Elevatorfrage. Er führte aus, daß die Regierung dem schweren Problem mannhaft entgegengetreten und eine Lösung finden werde. Man habe beschlossen, eine Kommission zur Untersuchung der Frage einzusetzen, was geschehen werde.

Zur selben Sache redeten auch der neu gewählte Präsident Gates, ferner Langley, M. L. A., und Tate, M. L. A.

Motherwell führte unter anderm aus, daß die Kommission aus drei Farmern, von denen zwei von den Getreidebauern ernannt werden würden, ferner aus einem Elevator- und einem Oekonomie-Sachverständigen bestehen würde.

Die Beamtenwahl ergab folgendes Resultat: Ehrenpräsident E. N. Hopkins, Moose Jaw; Präsident F. M. Gates, Fillmore; Vize-Präsident J. A. McMurray, Wapella. Direktoren: Geo. Langley, M. L. A., Maymont; F. C. Tate, M. L. A., Regina; E. A. Partridge, Sintaluta; A. G. Hawkes, Broadview; W. Noble, Orbow; M. Sheppard, Weyburn; F. W. Green, Moose Jaw (Sekretär).

Auf dem Bankett, das am Freitag Abend zum Schluß der Konvention gegeben wurde, erklärte General-Anwalt Turgeon, daß die Elevator-Kommission in einigen Tagen ernannt sein würde und daß diese ihre große Arbeit gründlich und schnell erledigen werde.

Wie die großen Korporationen und die Industrie-Arbeiter, so vereinigen sich jetzt auch die Farmer. Alles rustifiziert sich, weil es unter bestehenden Verhältnissen das einzige Mittel scheint, sein Recht durchzusetzen. Wir erwarten für die Farmer dieses Landes viel Gutes von dem Zusammenschluß derselben. Ja, viel Gutes ist schon gewirkt worden. Aber der Weg zur vollen Erreichung des Ziels ist noch weit und beschwerlich. Aber die Farmer werden nicht eher einhalten, bis sie am Ziel angelangt sind. Wir wollen den vollen Wert für unsere Arbeit und Mühe.

Arbeit und Mühe. Das ist die Parole der Farmer. Das ist ihr Ziel.

C. P. R. Zweigbahnen.

Der zweite Vize-Präsident der C. P. R. erklärte kürzlich in Montreal, daß die Bahngesellschaft in diesem Jahr reichlich 600 Meilen Bahnen — zum größten Teil Zweiglinien — bauen werde. Saskatchewan wird davon über die Hälfte bekommen.

Folgende sind die für unsere Provinz projektierten Linien:

1. Fertigstellung der Linie Regina-Bulyea, wodurch Regina direkte Verbindung mit dem nördlichen Teil der Provinz bekommt.

2. Eine Linie von Craven an der Westseite des Last Mountain Sees westlich nach Colonsay an der Linie Winnipeg-Saskatoon. Die Linie wird 100 Meilen lang und einen großen und schönen Distrikt der Landwirtschaft erschließen.

3. Eine große Brücke über den Saskatchewan Fluß bei Outlook und Fortführung der Linie über Outlook hinaus in nordwestlicher Richtung mit Anschluß an die Linie Saskatoon-Wetaskiwin.

4. Fortsetzung der Weyburn-Lethbridge Linie.

5. Von Regina in südwestlicher Richtung nach einem Punkt an der Weyburn-Lethbridge Linie, eine Entfernung von 79 Meilen.

Was Amerikaner von Deutschland lernen können.

Ueber dieses Thema sprach vor einigen Tagen Rev. Levi M. Powers aus Haverhill im Bostoner Verein christlicher junger Männer. Herr Powers kennt Deutschland aus eigener Anschauung, hat Gelegenheit gehabt, Studien über das geschäftliche und bürgerliche Leben im alten Vaterlande zu machen und was er gesehen und gehört hat, empfiehlt er den Amerikanern zur Nachahmung. Deutschland hat das Problem der Arbeitslosigkeit augenscheinlich gelöst, sagt er unter anderem. Es giebt heutzutage sogut wie gar keine Auswanderung aus dem Deutschen Reiche. Wir verloren im letzten Jahre viermal so viel Leute an Canada, als Deutschland an die ganze Welt. Nicht allein, daß Deutschland seiner eigenen Bevölkerung Beschäftigung giebt, 700,000 Angehörige anderer Nationen, Italiener, Oesterreicher, Russen, suchten und fanden im Jahre 1907 Arbeit in Deutschland. Der Gesamtbetrag des auswärtigen Handels Deutschlands beträgt jetzt 400,000,000 Dollars mehr als unser eigener, und die Bilanz des Handels zwischen den Ver. Staaten und Deutschland zeigt jetzt an Fabrikaten einen Ueberschuß von 100,000,000 Dollars im Jahre zu Gunsten Deutschlands. Deutschland verdient schneller Geld als irgend eine andere Nation und kommt, was den Nationalreichtum anbelangt, gleich hinter den Ver. Staaten.

Deutschland produziert neunmal so viel Kartoffeln als die Ver. Staaten. Auf den Acker berechnet, ist der Weizenertrag in Deutschland im Durchschnitt doppelt so hoch als in den Ver. Staaten. Seit 1882 hat sich die gesamte Menge des produzierten Getreides nahezu verdoppelt, obwohl die Zahl der Landarbeiter um 2,500,000 abgenommen hat. Die Ursache dafür ist in der praktischen Anwendung wissenschaftlicher Landwirtschafts-Methoden zu suchen, in der Erhaltung der natürlichen Düngungsmittel für das Land. Die in der Nähe der großen Städte angelegten Rieselfelder machen Tausende von Ackern fruchtbaren Landes, während hier der Unrat der Städte unsere Flüsse verpestet.

Intelligenz und Fleiß sind es, die Deutschland groß gemacht haben. Deutschland ist nur viermal so groß als der eine Staat New York. Es ist nicht sonderlich reich an natürlichen Hilfsquellen. Seinen großen Reichtum verdankt es hauptsächlich dem Fleiß und der Intelligenz seiner Bürger. Ein großer Teil unseres Reichtums ist eine freie Gabe der Natur. Unsere nationalen Forsten kosten uns 1,000,000 Dollars im Jahr mehr, als sie uns einbringen. Das kleine Deutschland erzielt 60,000,000 Dollars im Jahr aus seinen Forsten. Die Eisenbahnen in Deutschland gehören nahezu sämtlich den verschiedenen Staaten. Von 33,000 Meilen sind nur 3000 in Privathänden. Der Reingewinn aus diesen Eisenbahnen beträgt über 200,000,000 Dollars. Die Kohlenbergwerke sind Staatseigentum, und Telegraph und Telephon sind Regierungsmonopole. Das deutsche Volk genießt seit langem den Vorteil einer Packetpost; 500 Meilen weit kann ein elf Pfund wiegendes Packet in Deutschland für weniger als 12 Cents befördert werden. Das Volk der Ver. Staaten kann keine Packetpost haben, weil die Expreßgesellschaften und nicht das Volk die Gesetze machen. Wenn wir so gut mit Kanälen versehen wären, wie Deutschland, würden wir künstliche Wasserwege haben, die sich vierzigmal über den Continent von dem Atlantic nach dem Pacific erstrecken.

Deutschland beherrscht die Märkte in Südamerika, die James G. Blaine vor fünfundzwanzig Jahren für uns zu erobern suchte; aber wir waren dazu zu dumm. Ein Fabrikant in Haverhill bezahlt einem Deutschen 7000 Dollars im Jahre dafür, daß er Waren in den Ländern des spanischen Amerika für ihn verkauft, wahrscheinlich weil er keinen Amerikaner bekommen kann, der Spanisch spricht. Der Brandverlust beträgt in Deutschland 49 Cents pro Kopf. Bei uns macht er nahezu drei Dollars aus. Deutschland beugt dem Feuer durch verständige Bauordnungen vor, die streng durchgeführt werden. Augenscheinlich sind in Deutschland alles und jeder gegen alle möglichen Zufälligkeiten versichert. Die meisten Arbeiter sind jetzt versichert gegen Krankheit und Unfälle und für das Alter. Man erwägt, dieses System auf alle Arbeiter auszudehnen. Die Ver. Staaten sind die einzige Großmacht, die ihre Lohnarbeiter gegen Fabrikunfälle ungeschützt läßt. In den deutschen Straßenbahnwagen erhalten die Passagiere stets einen Sitz. In Deutschland giebt es keine solche Vergeudung junger Menschenleben wie in den Ver. Staaten. Die Kinder werden gelehrt, daß sie zu Hause gehorchen müssen, und wenn ein Kind in der Schule bestraft wird, droht der Vater nicht, er werde hingehen und dem Lehrer den Schädel einschlagen. Zu der Zeit, wenn Elternhaus, Schule und Militär die Erziehung des jungen Deutschen vollendet haben, hat dieser gelernt, die Gesetze zu achten und ihnen zu gehorchen. Die Deutschen sind das gesetzliebendste Volk in der ganzen Welt.

Rev. Powers ist kein Deutscher, auch kein Deutschamerikaner, sondern offenbar ein Stockamerikaner. Was er sagt, enthält für den, der mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen des alten Vaterlandes vertraut ist, nichts Neues, aber, daß er es sagt, beweist, welche Achtung Deutschland mit der Zeit auch jenen Amerikanern abgerungen hat, die sich bis vor wenigen Jahren noch einredeten, das amerikanische Volk könne von keinem anderen Volke etwas lernen und es gebe in der ganzen Welt kein Vorbild, dem nachzustreben die Ver. Staaten Ursache hätten. Heute beginnen immer mehr Amerikaner von diesem Wahne abzukommen. Zu ihnen gehört auch der Haverhiller Prediger Powers. Von ihm können sogar manche Deutschamerikaner etwas lernen: stolz zu sein auf das Land, das sich durch den Fleiß und die Intelligenz seiner Bevölkerung die führende Stellung unter den Kulturvölkern der Gegenwart erobert hat.

Ebenso wie die Amerikaner, können auch die Canadier ungeheuer viel von unserem alten Vaterland lernen. Aber es herrscht bei den Bewohnern dieses Landes eine merkwürdige Abneigung gegen alles Deutsche. Doch wird das wohl auch anders werden. Canada bezieht ein groß Teil seiner sog. „öffentlichen Meinung" von den Ver. Staaten. Und so wird man vielleicht auch hier durch die Amerikaner deutsche Errungenschaften, deutsche Intelligenz und Tatkraft schätzen lernen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 15. Feb. — Die hiesige sozialdemokratische Parteileitung hat soeben die Erklärung eines Massenausstands in Erwägung gezogen, durch welchen gegen die Vorlage der Regierung zur angeblichen Reformierung des preußischen Wahlrechts demonstriert werden sollte. Der Plan hat jedoch keinen Anklang gefunden. Die Gewerkschaften lehnten eine Beteiligung ab, weil sie befürchteten daß ein proklamierter allgemeine Streik ein klägliches Fiasko erfahren dürfte.

Paris, 15. Feb. — Eine Wiener Depesche meldet dem „Matin", Ex-Sultan Abdul Hamid habe in einem plötzlichen Fabiuchts-Anfall versucht, sich mit einem seidenen Taschentuch zu erdrosseln. Er sei durch einen Diener am Selbstmord gehindert und nachher in eine Zwangsjacke gesteckt worden.

Eine Bestätigung der Meldung war nicht zu erlangen.

Wien, 14. Feb. — In Böhmen bereitet sich ein allgemeiner Kladderadatsch vor. Laut Meldung aus Prag stellen die Landeskassen die Zahlungen ein, weil der vor einigen Tagen infolge des deutsch-tschechischen Konflikts vertagte Landtag kein Geld bewilligt hat. Nach und nach wird dadurch das gesamte Geschäftsleben Böhmens in der empfindlichsten Weise geschädigt werden.

Budapest, 14. Febr. — Die Neuwahlen zum ungarischen Abgeordnetenhause werden an maßgebender Stelle vorbereitet. Zu den einleitenden Schritten gehört auch die soeben verkündete Absetzung von zweiundzwanzig der dreiundsechzig Obergespane.

Berlin, 14. Februar. — Dem neuen Militärballon III, dem schnellsten Segler der Luft, ist ein Unfall zugestoßen. Als das Fahrzeug nach mehrstündiger glücklicher Fahrt einen Landungsversuch bei Tegel unternahm, erlitt es Havarie eines Ballonetts und des Höhensteuers. Infolge des Mißgeschicks trieb das Luftschiff ab. Es landete schließlich, nachdem eine teilweise Gas-Entleerung bewerkstelligt war, unweit Marienfelde. Die Beschädigungen wurden unverweilt am Landungsort ausgebessert. Dann wurde mit eigener Kraft die Fahrt nach Tegel unternommen und erfolgreich zu Ende geführt. Ueber den glimpflichen Verlauf der Havarie ist man in den Kreisen der Militärverwaltung sehr froh. Der gewaltige Segler hat bisher die höchstgespannten Erwartungen übertroffen und läßt in Bezug auf Geschwindigkeit alle existierenden lenkbaren Ballons weit hinter sich.

Madrid, 14. Februar. — Die inneren Spaltungen in der liberalen Partei haben in der Resignation des spanischen Kabinetts, an dessen Spitze Premierminister Moret y Prendergast stand, ihren Höhepunkt erreicht. Der König hat sofort Jose Canalejas y Mendez, einen Demokraten und Führer des äußersten Flügels der Linksliberalen, beauftragt, ein neues Ministerium zusammen zu stellen. Dies ist bereits geschehen, und das Kabinett folgendermaßen gebildet:

Premierminister, Jose Canalejas y Mendez; Aeußeres, Garcia Pietro; Inneres, Senor Sagasta; Krieg, General Aznar; Marine, Arias Miranda; Finanzen, Senor Cobian; Justiz, Ruiz Valarino; Oeffentliche Arbeiten, Senor Calbeton; Unterrichtswesen, Graf Romanones.

Im Haag, 14. Feb. — In der ersten Kammer der Generalstaaten wurde während der Debatte über den Etat für das Auswärtige Amt eine auf den Kaiser Wilhelm bezügliche Legende in bestimmterer Form als bisher wiederholt.

Baron van Hackeren forderte nachdrücklich, daß Schritte getan würden, um im Falle von Feindseligkeiten zwischen Großbritannien und Deutschland eine Garantie der Integrität der Niederlande zu sichern. Als Grund für die Notwendigkeit einer solchen Garantie gab er an, daß „ein benachbarter Souverän vor ein paar Jahren angedeutet habe, er würde gezwungen sein, holländisches Gebiet besetzen zu lassen, wenn Holland sich nicht in einen angemessenen Verteidigungszustand gegen Großbritannien versetze."

Der Minister des Aeußern van Swinderen erklärte, er sei nicht in der Lage, Baron van Hackeren's Behauptung zu widerlegen, wenn der Letztere nicht auseinandersetze, was mit den Worten „benachbarter Souverän" und „angedeutet" gemeint sei. Er forderte Hackeren im Interesse des Landes auf, sich deutlicher auszusprechen. Der Letztere reagierte jedoch darauf nicht. Die Angelegenheit wurde deshalb fallen gelassen, ohne daß weiteres Licht darüber verbreitet wurde.

Halley's Komet.

Halley's Komet, auf den jetzt die Augen der gesamten astronomischen Welt gerichtet sind, wird etwa am 1. April dem bloßen Auge sichtbar werden. Am 18. Mai Abends 8 Uhr wird der Komet zwischen Erde und Sonne durchgehen und zu dieser Zeit, etwa für die Dauer von einigen Stunden, wird der Schweif des Kometen die Erde streifen. Am 1. Mai befindet sich der Komet in derselben Entfernung von der Erde, wie die Venus, es können an diesem Tage also die Größenverhältnisse dieser beiden Weltkörper mit einander verglichen werden.

Die Größe des Kometen, einschließlich der ihn umgebenden Gasmasse, von der der Schweif die sichtbare Stelle ist, ist etwa um 1 millionenmal größer, wie die der Erde und der Venus, die etwa gleich groß sind. Trotzdem wird, wenn ja eine Störung der beiderseitigen Atmosphären eintreten sollte, nicht Venus oder Erde, sondern der Komet der leidende Teil sein.